universität innsbruck
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

700 Jahre Wiener Bäcker-Innung

Landesinnung der Wiener Bäcker

Wien, 1927

Die Bäckergenossenschaft

urn:nbn:at:at-ubi:2-287

Die Bäckergenoſſenſchaft

Seit dem Jahre 1860 ſind wir im Beſitze geordneter Protokolle, an deren Hand ſich die Tätigkeit der Innung, jetzt „Genoſſenſchaft" geheißen, genau verfolgen läßt. So erfahren wir, daß die Genoſſenſchaft in dieſer Zeit durch einen Dr. Dürberger gegen den Redakteur der „Wiener Vorſtadtzeitung" eine Klage eingebracht, weil der Genannte in ſeinem Blatte die Bäckermeiſter als Lebensmittelverfälſcher verleumdet hatte. Die Redaktion zog es jedoch vor, ſich mit einem Widerruf aus der Affäre zu ziehen, womit ſich die Genoſſenſchaft begnügte.

Bald darauf ging der Genoſſenſchaft eine Aufforderung der Statthalterei zu, ſich darüber zu äußern, ob 1. die Genoſſenſchaft mit der Aufhebung der Roggenbrotſatzung einverſtanden wäre; 2. wie hoch der zu haltende Mehlvorrat zu halten wäre; 3. ob die Erſichtlichmachung der Preiſe beim Mundgebäck und der Ordinariſemmel notwendig ſei. Dieſe Fragen wurden dahin beantwortet, daß ſich die Genoſſenſchaft für die Aufhebung der Satzung, gegen den Mehlvorrat und auch gegen die Erſichtlichmachung der Preiſe ausſprach. Man ſieht, es waren ſchon Reformen im Anzug.

Am 2. Juli 1861 konſtituierte ſich die Genoſſenſchaft auf Grund der neuen Gewerbeordnung. Rudolf Plank wurde wieder zum Vorſteher und Joſef Wilhelmy zum Vorſteherſtellvertreter gewählt. Am 18. Oktober desſelben Jahres wurden dann die neuen Satzungen beſchloſſen.

Im Jahre 1868 hatten die Gehilfen einen Verein „Selbſthilfe" gegründet, in deſſen Namen nun Lohnforderungen erhoben wurden. Dieſelben umfaßten folgende Punkte: 1. Übergabe der Gehilfenkrankenkaſſe an die Verwaltung der Gehilfen. 2. Rechnunglegung der für die Kranken gemachten Auslagen von 1848 bis gegenwärtig. 3. Reine Betten und luftige Schlafkammern. 4. Die ſeinerzeit gemachten und ſpäter wieder beſeitigten Zuſchläge für Weingeld ſollen in den Lohn einbezogen werden. 5. Alle Geſellen ſind mit „Sie" anzuſprechen. 6. In jeder Bäckerei wäre eine Hausordnung anzuſchlagen. 7. Die Lehrlinge ſollen in die Chriſtenlehre und in die Wiederholungsſchule geſchickt werden. 8. Der Verein Selbſthilfe bittet um den Jahreszins für ſein Vereinslokal. Merkwürdigerweiſe iſt in den folgenden Protokollen von dieſen Forderungen, welche ein Siebenerkomitee der Meiſter in Empfang genommen, nicht mehr die Rede. Die Bewegung ſcheint ſonach wieder eingeſchlafen zu ſein. Doch wurden ähnliche Forderungen in einer Verſammlung vom 4. Oktober 1869 verhandelt. Man beſchloß die Auflaſſung der Herberge und die Errichtung eines Rufhauſes. Weiter wurde die



Das derzeitige Innungshaus (Hoftrakt)

Verwaltung der Gehilfenkasse den Gehilfen überlassen, welche aus der Meisterschaft vier Mitglieder als Kontrollore wählen sollten. Schließlich sollten die Gehilfen von nun ab mit Sie angesprochen werden. Die Lohnbestimmung solle der gegenseitigen Vereinbarung überlassen bleiben.

Im Jahre 1871 wurde über Antrag des Vorstehers Plank beschlossen, einen Preis von 1000 Gulden für die Erfindung eines den neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Backofens auszusetzen. Herr Roman Uhl erhöhte diesen Preis aus eigenen Mitteln auf 1500 Gulden. Dieser Versammlung lagen neuerliche Forderungen der Gehilfen vor, welche, wie es im Protokoll heißt, „dem Vorsteher zur Erledigung übergeben wurden". Roman Uhl berichtete damals auch schon über die Weltausstellung, welche im Jahre 1873 stattfinden sollte.

Am 13. Mai 1873 war eine Verordnung der Statthalterei erschienen, welche anordnete, daß das Brot in Hinkunft nicht mehr in Laiben, sondern nach dem Gewichte verkauft werden sollte. In einer recht bewegten Versammlung nahm die Genossenschaft dazu Stellung und bezeichnete dieses Verlangen als absurd. Tatsächlich hat sich dies auch niemals durchgesetzt und die Bäckermeister hätten sich darüber nicht aufregen brauchen, das Publikum selbst trug dazu bei, daß dieses Projekt unausgeführt blieb. Zwanzig Jahre später hat bekanntlich ein Marktdirektor Kainz sich vergebens bemüht, eine solche seiner Ansicht nach nützliche Reform einzuführen.

Noch ein Erfolg blieb dem tüchtigen Vorsteher Plank beschieden! Seinen Bemühungen war es zu danken, daß die Kreuzersemmel abgeschafft wurde. Freilich wurden diese Bemühungen durch einen wichtigen Umstand unterstützt. Das Auszugmehl stieg im Jahre 1873 bis zu einem Preise von 35 Gulden für 100 Kilogramm! Bei dieser Teuerung war es ganz einfach nicht mehr möglich, ein Stück Gebäck um 1 Kreuzer abzugeben.

Im Jahre 1874 legte Rudolf Plank sein Amt nieder. Er hatte sich um die Innung reiche Verdienste erworben. Nicht nur, daß er den schweren Aufgaben seiner Funktion vollkommen entsprochen, hatte er sich auch um den technischen Fortschritt gekümmert, worüber an anderer Stelle gesprochen werden soll. Auch um die Erhaltung des Archivs hat sich Plank Verdienste erworben, indem er, wohl angeregt durch eine historische Ausstellung in Wien im Jahre 1872, ein neues Verzeichnis der Archivbestände anfertigen ließ.

Am 22. Dezember 1874 wurde Roman Uhl als Obervorsteher und Ferdinand Boos als Untervorsteher gewählt. Ersterer war ein würdiger Nachfolger Planks. Im Jahre 1875 richtete der Marktdirektor der Stadt Wien heftige Angriffe gegen das Bäckergewerbe, welches er an der Hand zahlreicher statistischer Daten der Gewinnsucht beschuldigte. Die Genossenschaft antwortete mit einer Broschüre, welche diese Anschuldigungen widerlegte und die Unrichtigkeit der vorgebrachten Ziffern nachwies. Leider ist die Broschüre nicht mehr vorhanden.

Im Jahre 1875 hatten sich die Bäcker gleichfalls zahlreicher Angriffe zu erwehren. Unter dem Eindruck der Hochpreise des Jahres 1873 war der Brot- und Gebäckspreis natürlich gestiegen, war die Kreuzersemmel abgeschafft worden und hatten sich die Bäcker überhaupt auf diese veränderten Gestehungskosten

eingerichtet. Im Jahre 1875 betrug der Preis für 100 Kilogramm Auszugmehl noch immer 26 Gulden, aber die Öffentlichkeit forderte ein billigeres Gebäck und auch billigeres Brot. Roggenmehl kostete zu dieser Zeit 20·50 Gulden. Daß bei solchen Preisen kein „billiges Brot" hergestellt werden konnte, war ohne weiteres klar. Sogar die Wiedereinführung der Satzung wurde in Erwägung gezogen. Die Genossenschaft trat diesen Angriffen nachdrücklichst entgegen und erklärte sich gerne mit der Wiedereinführung „der Satzung für Roggenbrot einverstanden", da hiedurch der bürgerliche Gewinn der Bäckermeister wenigstens sichergestellt werden müßte, verwies aber auch darauf, daß derartige „mittelalterliche Maßnahmen" für einen konstitutionellen Rechtsstaat eigentümlich erscheinen müßten.

Immerhin wurde verfügt, daß die Bäcker ab 1. September 1875 das Brot nach Gewicht verkaufen sollten. Das Publikum ging aber auf die Absichten der Behörden nicht ein, es verschmähte das angeschnittene Brot und blieb gewohnheitsmäßig bei seinen ganzen Laiben. Die ganze Aktion verpuffte wirkungslos. Wie sich auch in späteren Jahren gezeigt hat, ist das Wiener Publikum nicht geneigt, an solchen Absichten mitzuwirken und legt seit jeher mehr Wert auf die Qualität als auf das Gewicht des Brotes.

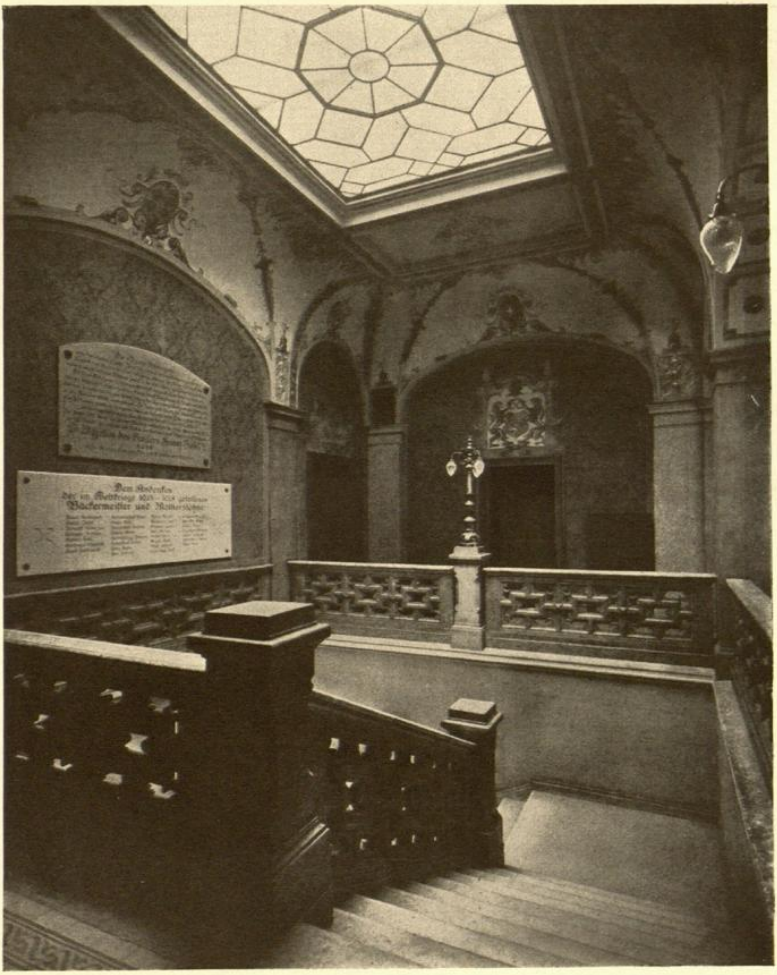
Am 14. Dezember 1876 wurde infolge Rücktrittes des Roman Uhl Ferdinand Boos zum Vorsteher und Tobias Ratz zum Vorsteherstellvertreter gewählt. Unter Boos wurde das erste Fachblatt der Genossenschaft, die „Österr. Müller- und Bäckerzeitung" und spätere „Bäcker- und Konditorzeitung" gegründet. Der Gemeinderat der Stadt Wien wollte damals wiederum eine „mittelalterliche Einrichtung" wiederherstellen und ordnete die Markierung des Brotes jeder Bäckerei an. Nachdem sich aber diese Markierung nur auf die Bäcker innerhalb der zehn Bezirke Wiens erstrecken konnte und ein großer Teil des konsumierten Brotes ja von den Bäckern außer den Linien (den früheren sogenannten Landbäckern) geliefert wurde, verlief auch diese Geschichte im Sande, nachdem sie unter den Bäckermeistern viel Aufsehen erregt.

An dem Festzuge, welcher im Jahre 1879 anläßlich der silbernen Hochzeitsfeier des Kaiserpaares stattfand, beteiligte sich auch die Genossenschaft und stellte eine der schönsten Gruppen. Erwähnt muß noch werden, daß unter Boos das Archiv einer Neuordnung und einzelne Stücke einer Renovierung unterzogen wurden.

Im Jahre 1881 legte Boos wegen Kränklichkeit sein Mandat nieder und an seine Stelle trat ein sehr energischer Mann, Tobias Ratz. Im Jahre 1883 trat die Gewerbenovelle vom 15. März 1883 ins Leben und brachte im Genossenschaftswesen durchgreifende Veränderungen, welchen sich aber Tobias Ratz durchweg gewachsen zeigte. Der Streik, der um diese Zeit stattfand, war ergebnislos und endete nach vorhergehenden turbulenten Vorkommnissen mit einem Erfolge der Meister.

Im Jahre 1887 finden wir in den Protokollen und auch in der Fachpresse zum erstenmal die Achtersemmel * erwähnt. In einer Versammlung vom 13. Sep-

* „Achtersemmel" deshalb geheißen, weil 8 Stück für 10 Kreuzer abgegeben wurden.



Treppe im Innungshaus

tember 1887 wird bereits über die Möglichkeit der Abſchaffung dieſes Konkurrenzproduktes debattiert.

Im Jahre 1890 war abermals eine Lohnbewegung der Gehilfen zu verzeichnen. Dieſelbe wurde durch ein „Übereinkommen" beendet, das Minimallöhne der Gehilfen feſtſetzte. Im Jahre 1890 fanden wieder Neuwahlen der Vorſtehung ſtatt. Tobias Ratz nahm wegen andauernder Kränklichkeit keine Wiederwahl an. Mit ihm verlor die Genoſſenſchaft einen unermüdlichen, energiſchen und begabten Mitarbeiter. Er ſtarb nach längerem Leiden im Jahre 1892. Johann Müller übernahm die Stelle eines Vorſtehers und Johann Breunig die eines Vorſteherſtellvertreters. Im ſelben Jahre tauchte die Idee auf, eine kommunale Bäckerei zu errichten. Es war Herr Marktdirektor Kainz, der dieſe Idee propagierte, die aber ſchließlich fallen gelaſſen wurde. Im Jahre 1891 ſchritt man auch zur Gründung eines „Centralverbandes der Bäckermeiſter Niederöſterreichs". Es war der erſte Verſuch der Wiener Bäckergenoſſenſchaft, ſich auch auf organiſatoriſchem Gebiete zu betätigen. Man beſchloß, ſpäterhin ſtatt des Verbandes für Niederöſterreich einen „Centralverband der Bäckermeiſter Öſterreichs Auſtria" zu gründen, wozu jedenfalls der „Centralverband deutſcher Bäckerinnungen Germania" das Beiſpiel gegeben. (Anläßlich der Grundſteinlegung des Innungshauſes der Berliner Bäckerinnung waren Delegierte der Genoſſenſchaft als Ehrengäſte in Berlin geweſen und hatten die dortigen Einrichtungen kennen gelernt.)

Im ſelben Jahre wurde der Vertrag mit dem Herausgeber der „Bäcker- und Konditorzeitung" gekündigt und trat an deren Stelle die „Auſtria", herausgegeben von Andreas Grimm. Zu einer großangelegten Unternehmung ſchwang ſich die damalige Vorſtehung auf, als ſie den „Öſterreichiſch-ungariſchen Bäckertag" im Jahre 1892 veranſtaltete. Derſelbe ſollte vor allem die Ausdehnung des „Verbandes der Bäckermeiſter Öſterreichs Auſtria" fördern. In der Begeiſterung der großen Tagung, an der die Vorſteher der Bäckergenoſſenſchaften von Budapeſt, Prag, Brünn, Trieſt und faſt aller größeren deutſchen Bäckergenoſſenſchaften ſowie Vertreter der reichsdeutſchen Kollegen anweſend waren, ſchoß man noch übers Ziel hinaus und beſchloß, dieſen Verband auf ganz Öſterreich-Ungarn auszudehnen. Außerdem wurden auf dem „Bäckertag" eine Reihe ſachlicher Referate gehalten, wozu als Referenten die Vorſteher von Budapeſt, Prag und Znaim u. a. fungierten.

Am 29. November 1892 fand die Konſtituierung des Verbandes, vorläufig als „Verband der Bäckermeiſter Öſterreichs Auſtria", ſtatt. Es wurden Johann Müller zum Präſidenten und Kilian Stumpf zum Vizepräſidenten gewählt. Zu Ausſchüſſen wurden 15 Bäckermeiſter aus der Provinz und 10 aus Wien zu Erſatzmännern gewählt. Über eine Tätigkeit des neuen Verbandes in der Provinz iſt aber nichts bekannt geworden und derſelbe ſank langſam zu einer lokalen Vereinigung herab. Noch in einer Verſammlung am 30. Jänner 1900 wurden 25 Ausſchußmitglieder gewählt, darunter 13 aus der Provinz, ohne daß augenſcheinlich von den letzteren nur einer anweſend geweſen wäre. Von da ab gewöhnte man ſich, im „Auſtria-Verbande" eine lokale Organiſation zu erblicken

und wurden auch nur mehr Wiener in die Verbandsleitung gewählt. Im Jahre 1901 wurde auch das Statut des Verbandes dem einer Wiener Arbeitgebervereinigung angepaßt und damit war die Idee einer österreichischen Organisation der Bäckermeister vorläufig aufgegeben. So viel über die Gründung, die unter so großer Begeisterung im Jahre 1892 ins Leben gerufen wurde.

In den neunziger Jahren waren es die neuen Gesetze über die Sonntagsruhe und namentlich die für die damalige Zeit unerträglichen Bestimmungen über den Ersatzruhetag, die die Genossenschaft andauernd beschäftigten. Aber auch die wirtschaftliche Lage der Mitglieder in den Vororten machte den Vorstehern ernste Sorgen, denn die Erzeugung des „Achtergebäcks" nahm dort immer mehr zu, ohne daß dagegen ein Mittel gefunden werden konnte, dieselbe einzuschränken.

Eine Höchstleistung für die damalige Vorstehung bildete die Sonderausstellung für Bäckerei und Konditorei in der großen Kaiser-Jubiläumsausstellung im Jahre 1898, die tatsächlich ein Schmuckstück dieser Ausstellung bildete. Der „Centralverband deutscher Bäckerinnungen Germania" veranstaltete aus diesem Anlaß einen korporativen Besuch, an welchem 250 reichsdeutsche Bäckermeister teilnahmen, die späterhin ihren Dank durch ein Diplom in prachtvoller Samtmappe schriftlich übermittelten.

Längst hatte sich das bisherige Innungshaus, in welchem die Innung durch 239 Jahre ihr Heim hatte, als unzureichend erwiesen. Man ging nun daran, auch diese Frage zu lösen. In der Josefstadt wurden die Häuser Florianigasse 13 und Buchfeldgasse 19 erworben, im Hofe derselben von den Architekten Fellner und Helmer ein Neubau errichtet, der am 2. Dezember 1898 im Beisein des Erzherzogs Otto vom damaligen Bischof Marschall eingeweiht wurde. Dies war die zweite große Leistung, die unter dem Vorsteher Johann Müller erreicht wurde.

Im Jahre 1900 gab es wieder einmal eine größere Lohnbewegung, die aber, trotzdem eine Einigung nicht erzielt wurde, im Sande verlief. Im Jahre 1904 jedoch sah man sich veranlaßt, mit den Führern der Gehilfen einen Kollektivvertrag abzuschließen, die erste derartige vertragliche Vereinbarung nach § 114 G. O.

Aus dem Jahre 1904 ist noch eine Veranstaltung zu erwähnen, an der die Genossenschaft in hervorragender Weise teilnahm, die Lehrlingsarbeitenausstellung in der Rotunde. Gleich anderen Gewerben wurde dort eine Musterwerkstätte eingerichtet, eine komplette Bäckerei, in welcher Lehrlinge unter Anleitung des Herrn Kilian Stumpf arbeiteten.

Um diese Zeit legte Johann Müller seine Stelle als Vorsteher zurück, beziehungsweise verzichtete auf eine Wiederwahl. Die notwendige Neuwahl vollzog sich unter lebhafter Bewegung der Mitglieder. Johann Breunig wurde zum Vorsteher und Othmar Zagorsky zum Vorsteherstellvertreter gewählt, doch trat der letztere sein Amt nicht an. Schließlich wurde die Wahl seitens der Gewerbebehörde annulliert. So mußte im Juni 1905 abermals eine Neuwahl vorgenommen werden, die sich diesmal unter noch stärkerer Anteilnahme der Mit-



Großer Sitzungssaal



Großer Sitzungssaal

glieder vollzog. Waren noch in den achtziger Jahren die Wahlen der Vorsteher sehr gemütlich (Tobias Ratz wurde in einer Versammlung von 30 Mitgliedern gewählt), so hatte sich dies gründlich geändert. Nach hartem Wahlkampf siegte die offizielle Liste gegen die von den Bäckermeistern Riegler und Zagorsky geführte Opposition.

Jetzt kam unstreitig ein frischerer Zug in das Genossenschaftsleben. Zunächst wurde der Vertrag mit dem Herausgeber der „Austria", dem Bäckermeister Andreas Grimm, gekündigt und in einer stürmischen Versammlung die Herausgabe eines eigenen Fachblattes durch die Genossenschaft beschlossen, die dann als „Österreichische Bäckerzeitung" ab 1. Jänner 1906 erschien. Bis dahin wurden provisorisch „Mitteilungen der Wiener Bäckergenossenschaft" herausgegeben, von welchen 11 Nummern erschienen und deren Redaktion Alois Weber übertragen wurde, der auch später die Schriftleitung der „Österreichischen Bäckerzeitung" übernahm.

Zunächst wollte man alte Unterlassungssünden gut machen und warf sich mit allem Nachdruck auf die Förderung der Organisation. Man mußte dort anfangen, wo der „Verband der Bäckermeister Österreichs Austria" aufgehört hatte. Man trat mit den Berufskollegen in den verschiedenen Kronländern in Verbindung, gründete einen „Verband der Bäckermeister Niederösterreichs" nach dem Beispiel der Bäckermeister in anderen Kronländern, die sich angesichts der Untätigkeit des Austria-Verbandes in Landesverbänden zusammengeschlossen hatten und berief endlich einen Delegiertentag nach Wien, zu welchem alle Bäckerverbände und -genossenschaften Österreichs geladen wurden. Diese Tagung fand am 19. und 20. Oktober statt und beschloß nach einem Referate Karl Kerners die Schaffung eines alle Verbände umfassenden Zentralverbandes der Bäckermeister Österreichs. Am Österreichisch-Ungarischen Bäckertag war Rudolf Kerner Referent zu diesem Punkte gewesen, nunmehr, nach 13 Jahren, war es Karl Kerner junior. Die Gründung wurde durchgeführt, praktisch wirklich durchgeführt und blieb nicht, wie ihr Vorgänger, bloß auf dem Papier. Zunächst freilich beging man noch den Fehler, die neue Reichsorganisation nach dem Vereinsgesetz zu konstituieren, aber schon im Jahre 1909 beschloß ein Zentralverbandstag, der in Graz tagte, die Umwandlung in eine genossenschaftliche Organisation nach § 130 c der Gewerbeordnung. Der neue Reichsverband war ein lebendiges Gebilde, das nicht erstarren konnte. Die Verbände Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Tirol, Deutschböhmen, Deutschmähren und Schlesien gehörten dem Zentralverbande an. Was derselbe dann nach dem Umsturz durch das Ausscheiden der Genossenschaften in den Sudetenländern verlor, konnte er an innerer Konsistenz gewinnen. Heute gehören fast sämtliche Bäckerinnungen des Bundesgebietes zum Zentralverband der Bäckerinnungsverbände Österreichs und das Bäckergewerbe steht in organisatorischer Hinsicht allen Gewerben wohl nicht voraus, so doch an erster Stelle.

Im Jahre 1907 war eine neue Lohnbewegung zu verzeichnen. Die Gehilfenschaft unter einem sehr begabten, aber radikalen Führer hatte den Kollektivvertrag gekündigt und es war zu erwarten, daß sie mit radikalen Forderungen

kommen würde. Gegen die frühere Vorstehung war der Vorwurf allzu großer Nachgiebigkeit erhoben worden. Man rüstete sich deshalb zu umfassenden Vorarbeiten, um einen unausweichlichen Kampf zu bestehen. Der Streik brach am 14. März 1907 aus und dauerte 24 Tage. Die Bäckergenossenschaft gab damals ein Beispiel einer wohlvorbereiteten und planmäßig durchgeführten Abwehr eines solchen Lohnkampfes, in welchem die Brot- und Gebäcksversorgung auch nicht einen Augenblick unterbrochen wurde, ein Umstand, der in Gewerbekreisen allgemeine Anerkennung fand. Erst am 24. Streiktage wurde der Lohnkampf durch Verhandlungen beendet, nachdem die Gehilfen ihre Forderungen wesentlich ermäßigt und vor allem auf die Wiedereinstellung der Streikenden verzichtet hatten.

Im Jahre 1908 faßte der Ausschuß einen wichtigen Beschluß, die Neuordnung des Archivs der Bäckergenossenschaft betreffend. Der städtische Archivar, Herr Andreas Reffel, wurde damit betraut und löste diese Aufgabe in mustergültiger Weise. Diesem verdanken wir auch die Herausgabe des Werkes: „Das Archiv der Wiener Bäckergenossenschaft“ (Verlag Gerlach & Wiedling, Wien). Die wichtigen Quellenforschungen des Herrn Reffel ermöglichten die Aufklärung mancher Vorkommnisse aus der Geschichte der alten Zunft.

Am 14., 15. und 16. Juni 1910 fand im Saale der Wiener Bäckergenossenschaft eine große Enquete über die Arbeitszeit im Bäckergewerbe statt. Die Abgeordneten Muchitsch und Genossen hatten im Reichsrate nämlich einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher besonders radikale Arbeiterschutzbestimmungen für die Bäckereiarbeiter beinhaltete. An der Enquete nahmen auch mehrere Mitglieder der Wiener Genossenschaft teil, um die Interessen der Berufsgenossen nach Kräften wahrzunehmen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbes waren um diese Zeit keine günstigen. Die Kollegen in den Vorortebezirken waren, wie schon erwähnt, gezwungen, einen großen Teil ihres Absatzes in der Erzeugung des „Achtergebäcks“ zu suchen. Dieses Achtergebäck, so genannt, weil man acht Stück um 20 Heller verkaufte, war ursprünglich nur in Semmelform, später aber in allen Formen erzeugt worden. Schließlich wurde es auch an sogenannte Hausierer gegen hohe Provision abgegeben, was dahin führte, daß ein überaus großer Teil der Bäcker mit Verlust arbeitete. Die Insolvenzen mehrten sich und immer häufiger wurde der Ruf nach einer „Reform“, die man in der Abschaffung des Achtergebäcks erblickte. Träger dieser Idee war der „Verband der Bäckermeister Wiens“, der als lokale Organisation es übernahm, die Achtersemmel, dieses Produkt der allzu billigen Mehlpreise der neunziger Jahre, zu beseitigen.

An der Spitze des Lokalverbandes stand damals Alois Mayer, ein Mann von rastlosem Arbeitseifer und eiserner Energie, aber ohne Weitblick. Mit einer unermüdlichen Agitation hoffte er, sein Ziel, die Abschaffung der Achtersemmel, zu erreichen. Die Vorstehung konnte diesem Beginnen, dessen Aussichtslosigkeit klar zutage lag, nicht entgegentreten, ebensowenig wie die Fachpresse, die selbem alle Förderung angedeihen ließ. Aber ebensowenig, wie seinerzeit die Bäckermeister im Vormärz den Zwischenhandel beseitigen konnten, gelang es jetzt,



Vorsteherkanzlei im Innungshaus



die Konkurrenz soweit einzudämmen, daß die Abschaffung der Achtersemmel gelungen wäre. Bevor die Behörde noch eingreifen konnte, brach die Sache zusammen. Mißmutig legte Mayer seine Stelle nieder, nach der bitteren Enttäuschung, die er trotz seiner Anstrengungen und Mühen erleben mußte. Es bedurfte einer radikalen Änderung der Verhältnisse, wie sie der Krieg brachte, um hier Wandel zu schaffen.

Über die Zustände während des großen Krieges mit seinen Einschränkungen berichten wir an anderer Stelle. Der Magistrat nahm in der Folge die behördlichen Mehlzuweisungen in die Hand und führte sie bis zum Jahre 1919, in welcher Zeit die Genossenschaft dieselbe übernahm und bis zum Ende der Zwangsbewirtschaftung durchführte.